MITTEILUNGSBLATT

DER

UNIVERSITÄT FÜR ANGEWANDTE KUNST WIEN

Studienjahr 2024/25

Ausgegeben am 27. August 2025

Stück 33

KUNDMACHUNG

127. BESCHLUSS DES REKTORATS VOM 26.08.2025:

VERORDNUNG DES REKTORATS DER UNIVERSITÄT FÜR ANGEWANDTE KUNST
WIEN BETREFFEND DIE UMSETZUNG DES INFORMATIONSFREIHEITSGESETZES
(IFG)

Das Rektorat hat im Rahmen von Art. 81c Abs. 1 B-VG, Art. 18 Abs. 2 B-VG, § 22 Abs. 1 zweiter Satz UG, § 48 UG in der Fassung BGBl. I Nr. 50/2025, § 13 Abs. 2 AVG und des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) beschlossen:

Zuständigkeit für die Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes

§ 1. (1) Dem Rektorat obliegt die proaktive Veröffentlichungspflicht iSd § 4 IFG. Soweit die Information zum Wirkungs- oder Geschäftsbereich des Rektorats oder eines ihm unterstellten Organs gehört, entscheidet das Rektorat über die Veröffentlichung.

(2) Andernfalls informiert das zuständige Organ (z.B. Senat, Berufungskommission, Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen etc.) das Rektorat, soweit kein Geheimhaltungsgrund iSd § 6 IFG vorliegt, welche Information zu veröffentlichen ist.

(3) Informationsbegehren nach § 7 IFG, die die Universität für angewandte Kunst Wien betreffen, sind an das Rektorat zu richten. Soweit die Information zum Wirkungs- oder Geschäftsbereich des Rektorats oder eines ihm unterstellten Organs gehört, entscheidet das Rektorat über die (Nicht-)Erteilung der Information, teilt die Entscheidung dem*der

Informationswerber*in mit und erlässt gegebenenfalls einen Bescheid über die Nichterteilung der Information gemäß § 11 IFG.

(4) Andernfalls holt das Rektorat beim jeweils zuständigen Organ die Entscheidung über die Erteilung der Information ein. Wenn kein Geheimhaltungsgrund iSd § 6 IFG vorliegt, informiert das zuständige Organ das Rektorat, welche Information es dem*der Informationswerber*in mitzuteilen hat. Steht ein Geheimhaltungsgrund einer Informationserteilung entgegen, so fertigt das Rektorat gegenüber dem*der Informationswerber*in im Namen des jeweils zuständigen Organs den Bescheid über die Nichterteilung der Information gemäß § 11 IFG.

(5) Das Rektorat hat die Rechtsabteilung der Universität für angewandte Kunst Wien als zentrale Schnittstelle für sämtliche Agenden hinsichtlich der Umsetzung des IFG betraut, weshalb die Rechtsabteilung u.a. auch als interne Kommunikationsschnittstelle zwischen den Organen und dem Rektorat auftritt sowie einlangende Informationsbegehren im Auftrag und namens des Rektorats als erste Anlaufstelle entgegennimmt.

Übermittlungsform elektronisch gestellter Informationsbegehren

§ 2. (1) Elektronisch gestellte Anträge auf Zugang zu Informationen (Informationsbegehren) gemäß IFG, die sich an die Universität für angewandte Kunst Wien oder ihre Organe richten, sind ausschließlich über das unter <https://www.dieangewandte.at/informationsfreiheit> verfügbare Online-Formular einzubringen.

(2) Postalisch gestellte Anträge auf Zugang zu Informationen (Informationsbegehren) gemäß IFG, die sich an die Universität für angewandte Kunst Wien oder ihre Organe richten, können an die folgende Adresse gesendet werden:

Universität für angewandte Kunst Wien

z. Hd. Rechtsabteilung

Oskar-Kokoschka-Platz 2

1010 Wien / Austria

Inkrafttreten

§ 3. Diese Verordnung tritt mit 1. September 2025 in Kraft.

REKTORAT:

DI. Maria Zettler

Geschäftsführende Rektorin

(Für das Rektorat)

Die geschäftsführende Rektorin:

DI. Maria Zettler

Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin und Herstellerin:

Universität für angewandte Kunst Wien

Oskar-Kokoschka-Platz 2, 1010 Wien

<https://www.dieangewandte.at/mitteilungsblaetter>

Redaktion:

Mag. Zekija Ahmetovic, Rechtsabteilung

Tel.: +43 1 711 33 - 2052

mitteilungsblatt@uni-ak.ac.at

Erscheinung nach Bedarf.

Fristgebundene Mitteilungen sind mindestens 5 Werktage

vor dem gewünschten Erscheinungsdatum einzubringen.